



N i e d e r s c h r i f t

**der 47. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 14.11.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:51 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr. Bernd Wiegand
Dr. Annegret Bergner
Andreas Scholtyssek
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
Hendrik Lange
Dr. Bodo Meerheim
Elisabeth Nagel
Eric Eigendorf
Johannes Krause
Christian Feigl

Tom Wolter
Gernot Nette

Oberbürgermeister
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Vertreter für Frau Dr. Brock
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
AfD Stadtratsfraktion Halle,
Vertreter für Herrn Raue,
Teilnahme ab 16:45 Uhr

Verwaltung:

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Inés Brock
Alexander Raue

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD Stadtratsfraktion Halle

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Fritz zur Rechtsanwendung in Satzungsgebungsverfahren der Stadt Halle (Saale)**

Herr Fritz bezog sich auf die Paragraphen 1, 2 und 5, welche in der Präambel der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) aufgezeigt werden, und fragte, ob für die Satzungsentwicklung und Anwendung der Paragraph 5 des Kommunalabgabengesetzes gilt.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Fritz fragte, wie viele Bescheide basierend auf der Friedhofsgebührensatzung, welche im Vorfeld der aktuellen Satzung gültig war, zwischen dem 12.01.2014 und dem 31.12.2015 erstellt und den Gebührenschuldern übermittelt wurden, welche sich insbesondere in einer Komponente auf Grabnutzungsrechte oder deren Verlängerung beziehen.

Weiterhin fragte er, wie viele Mahnungen versendet und wie viele Beitreibungen stattgefunden haben.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand**. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.2 + Änderungsanträge

Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA

Vorlage: VI/2018/04422

→ **Vorschlag: absetzen
gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 5.4 + ÄÄ

Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring

Vorlage: VI/2018/03972

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 5.5

Ehrung der halleschen Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum

Vorlage: VI/2018/04353

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

Herr Wolter sagte, dass eine Ergänzung im Änderungsantrag vorgenommen wurde, die Fachausschüsse haben der Beschlussvorlage ohne den Änderungsantrag zugestimmt. Demnach müsste die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung belassen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte fest, dass dennoch kein weiterer Beratungsbedarf besteht.

TOP 5.6 + ÄÄ

Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in "Paul-Biedermann-Schwimmhalle".

Vorlage: VI/2018/04390

- **Vorschlag: vertagen**

TOP 5.7

Vierte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04003

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.1

Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030

Vorlage: VI/2018/04365

- **wird am 27.11. in der SoSi FA beraten**

TOP 6.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung der Prioritätenliste für die Sanierungen von Schulen, Kitas und Horten ab dem Jahr 2022

Vorlage: VI/2018/04374

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Planungsausschuss vertagt**

TOP 6.5

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen

Vorlage: VI/2018/04378

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten auf Januar 2019 vertagt**

Herr Scholtyssek gab den Hinweis, dass die Beschlussvorlage

TOP 5.1

Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04434

im Bildungsausschuss nicht beraten wurde und demnach vertagt werden müsste.

Herr Paulsen antwortete, dass die Beschlussvorlage nicht in den Bildungsausschuss verwiesen wurde, sondern sich die Hauptausschussmitglieder in der letzten Sitzung verständigt haben, dass eine Beratung im Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss ermöglicht und die Beschlussfassung im Stadtrat November avisiert wird. Demnach wurde die Beschlussvorlage dringlich in die Ausschüsse eingebracht, wobei sie im Bildungsausschuss nicht auf die Tagesordnung genommen wurde.

Herr Scholtyssek sagte, dass lediglich der Dringlichkeit im Bildungsausschuss nicht zugestimmt wurde.

Herr Wolter bat um Behandlung der Beschlussvorlage und Erteilung des Rederechts zum Änderungsantrag für Vertreter des Kinder- und Jugendrates, Herrn Preuk und Frau Strauß.

Dem stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Herr Dr. Meerheim beantragte die Vertagung des

TOP 6.2

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Sondernutzungssatzung

Vorlage: VI/2018/04360

Dem stimmten die anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass nichts auf die Tagesordnung zu setzen ist und informierte weiter über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 5.1

Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04434

→ hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen **MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN** vor

Herr Rebenstorf sagte, dass es zum Änderungsantrag zum TOP 5.4 keine gleichen Voten in den Fachausschüssen gab.

Herr Wolter sagte, dass der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF den Änderungsantrag noch nicht behandelt hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04434
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen **MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN** zur Beschlussvorlage Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) (VI/2018/04434)
Vorlage: VI/2018/04599
- 5.2. *Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA*
Vorlage: VI/2018/04422 abgesetzt
- 5.2.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA (Vorlage: VI/2018/04422)*
Vorlage: VI/2018/04530 abgesetzt
- 5.2.2 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA (Vorlage: VI/2018/04422)*
Vorlage: VI/2018/04571 abgesetzt
- 5.2.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA" (VI/2018/04422)*
Vorlage: VI/2018/04564 abgesetzt

- 5.3. Kooperationsvertrag zur Erstellung einer Potential- und Machbarkeitsanalyse für eine Radschnellverbindung zwischen den Städten Halle (Saale) und Leipzig
Vorlage: VI/2018/04540
- 5.4. *Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring*
Vorlage: VI/2018/03972 abgesetzt
- 5.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring" (VI/2018/03972)*
Vorlage: VI/2018/04535 abgesetzt
- 5.5. *Ehrung der halleschen Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum*
Vorlage: VI/2018/04353 abgesetzt
- 5.5.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ehrung der halleschen Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum*
Vorlage: VI/2018/04606 abgesetzt
- 5.6. *Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in "Paul-Biedermann-Schwimmhalle".*
Vorlage: VI/2018/04390 vertagt
- 5.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in "Paul-Biedermann-Schwimmhalle"*
Vorlage: VI/2018/04560 vertagt
- 5.7. *Vierte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/04003 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. *Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030*
Vorlage: VI/2018/04365 vertagt
- 6.2. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Sondernutzungssatzung*
Vorlage: VI/2018/04360 vertagt
- 6.3. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung der Prioritätenliste für die Sanierungen von Schulen, Kitas und Horten ab dem Jahr 2022*
Vorlage: VI/2018/04374 abgesetzt
- 6.4. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife*
Vorlage: VI/2018/03885 vertagt
- 6.5. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen*
Vorlage: VI/2018/04378 vertagt
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Scholtyssek zu Parkplatzproblemen
 - 8.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Scholtyssek zu Namensgebungen
 - 8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Dr. Meerheim zur Berichtserstattung
 - 8.4. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Borggreffe zu Fahrradabstellanlagen
 - 8.5. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadthaus
Vorlage: VI/2018/04467
 - 8.6. Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: VI/2018/04475
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2018

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.10.2018, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In nicht öffentlicher Sitzung am 18.10.2018 wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04434

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) (VI/2018/04434)
Vorlage: VI/2018/04599

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand ein Wortprotokoll beantragt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir kommen dann zu den Beschlussvorlagen. Tagesordnungspunkt 5.5.1, das ist die Einführung eines Jugendparlamentes. Wir haben das Rederecht beantragt für zwei Personen. Dann bitte ich um Ihr Handzeichen zur Bestätigung, dass hier das Rederecht besteht. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine.

Dann steigen wir in die Beratung ein. Herr Paulsen zunächst zur Einführung und dann gehen wir in die Beratung. Bitteschön.

Herr Paulsen

Meine Damen und Herren, wir hatten das im letzten Monat schon. Insofern muss ich, glaube ich, zur grundsätzlichen Vorlage nichts mehr weiter ausführen.

Es ist eine Vorlage, die erstellt wurde, in Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat. Und ich würde vorschlagen, dass wir zunächst zum Änderungsantrag etwas hören und wir dann darauf reagieren können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok. Dann zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage. Hier liegt eine umfangreiche Änderungsbitte vor. Die Verwaltung soll überarbeiten. Die Verwaltung, möchte ich gleich vorweg sagen, hält an ihrem Vorschlag fest.

Bitte, wir haben es auch hier schon mal diskutiert, machen Sie Änderungsvorschläge, dem kommen wir gerne nach. Deshalb ist es schwierig, zu überarbeiten und nur eine Richtung vorzugeben. Das wollte ich, bevor wir in die Diskussion einsteigen, hier an der Stelle gleich zum Einstieg sagen.

Deshalb bitte um konkrete Änderungswünsche. Von daher, zum Einstieg. Wer übernimmt die Einführung? Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, Dankeschön. Es kam ja sozusagen schon in der Fraktionsvorsitzendenrunde, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie sich erinnern, zur Umsetzung des Beschlusses, des Auftrages an die Verwaltung, hier im Grundsatzbeschluss und auch die notwendigen, sage ich mal, Regelungen zu treffen, zur Einführung eines Jugendparlamentes. Zu Fragen, glaube ich, vor allen Dingen von Inés Brock damals, beziehungsweise von den GRÜNEN, mit der Bitte, sozusagen, dort jetzt nicht nur einen Grundsatzbeschluss herbeizuführen, sondern eben auch eine Untersetzung dessen.

Dem, sage ich mal, Anliegen, sage ich mal, auch von mehreren Fraktionen sind wir eben mit unserer Verabredung aus dem letzten Hauptausschuss ja nachgekommen. Haben gesagt, ja ok wir werden nochmal eine Diskussion führen in den beiden Fachausschüssen. Parallel dazu hat aber eben fraktionsübergreifend eine Arbeitsgruppe hier gearbeitet und hat als Ergebnis eine gemeinsame Position herausgefunden, die, sage ich mal, vor allen Dingen die wesentliche Änderung hat, mehr Zeit zu bekommen, um eine fundierte Erarbeitung eines Konzeptes zu bekommen.

Ich denke auch, dass die CDU damit, sage ich mal, auch den Raum und die Zeit bekommt dort die Untersetzung, wie Sie es sich vielleicht sich besser vorstellen können, beziehungsweise ihre Ideen mit einzubringen. Das werden Sie im Änderungsantrag lesen, dass wir hier bis 2020 hier eine andere Zielsetzung haben als hier kurzfristig zur nächsten Kommunalwahl, wie das eigentlich auch von unserem Ursprungsantrag her gedacht war, auch aus Effektivitätsgründen, das mit der Kommunalwahl zu verbinden. Eben wirklich diese starke Änderung vor allen Dingen herbeiführen. Vielleicht zum Verfahren, würde ich mich

freuen, wenn wir die beiden Redner aus dem Stadtschülerrat, Herrn Preuk und Frau Strauß, vom Kinder- und Jugendrat hören können, damit sozusagen, vielleicht auch diese, sage ich mal von uns ja auch diskutierte Form, wie sind die beiden bestehenden Institutionen eingebunden. Dass wir das einfach hier auch mit zur Kenntnis nehmen. Deswegen würde ich mal bitten, an den Tisch zu rücken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, dann darf ich Ihnen das Wort geben. Herzlich willkommen. Und Sie haben das Wort, Bitteschön.

Frau Strauß

Dankeschön, dass wir erstmal hier hin eingeladen wurden, ist wirklich eine große Chance für uns, nochmal unsere eigene Meinung darüber zu sagen. Vielleicht kurz zum Prozedere. Uns wurde am Anfang des Jahres mitgeteilt, dass ein Jugendparlament von der Stadt gegründet oder dass die Stadt ein Jugendparlament gründen will und fanden das natürlich auch erstmal gut, dass der Stadtschülerrat und der Kinder- und Jugendrat da mit einbezogen wurden.

Wir hatten dann zunächst einen Workshop, wo wir erstmal gesagt haben, ok, es ist schön, dass die Stadt Jugendstrukturen oder jugendpolitische Strukturen stärken will, dass wir aber auch eine klare Abgrenzung brauchen zum bestehenden Kinder- und Jugendrat und Stadtschülerrat.

Das war für uns eigentlich dieser Kernpunkt, dass wir da ein Konzept drum herum entwickeln müssen. Das haben wir dann auch gemacht und der Verwaltung vorgelegt. Frau Goldammer und Herr Petrick hatten dann nochmal ein Gespräch mit der Verwaltung, wo die Verwaltung dann nochmal ein Konzept vorgestellt hat, was sie dann rausgearbeitet hat.

Das ist das Konzept, was Ihnen jetzt als erstes vorliegt, da wurden einige wesentliche Punkte rausgestrichen, die wir uns zu Beginn halt gewünscht hatten. Haben das dann halt im Jugendhilfeausschuss auch nochmal so wiedergegeben und daraufhin wurde dann diese Arbeitsgruppe gegründet. Und der Änderungsantrag ist entstanden, für den wir sind. Das größte Problem, oder das zweitgrößte Problem, sage ich mal, was wir momentan sehen, ist einfach der Zeitdruck, der herrscht.

In dem ersten Antrag soll die Wahl mit der Kommunalwahl stattfinden, die nächstes Jahr im Mai stattfinden soll. Wir wissen noch nicht ganz, wie das aussehen soll. Wir finden einfach, der Zeitdruck ist viel zu groß. Man muss Jugendliche gewinnen, die da mitmachen wollen. Dafür muss Werbung gemacht werden. Das reicht nicht, dass man einfach mal sagt, zu den Jugendlichen, also jetzt zu uns, ja ok, geht mal in eure Schulen, preist das mal ein bisschen an. Das reicht halt nicht. Da muss man bedenken, dass Winterferien sind, Weihnachtsferien, dass man da nicht einfach in die Schulen gehen kann. Und dann muss man natürlich auch erstmal gucken, dass die Jugendlichen, die sich als Kandidaten aufstellen lassen, auch noch genug Zeit haben, Wahlkampf zu machen.

Ich meine, der Wahlkampf von der Kommunalwahl fängt jetzt an. Warum sollen die Jugendlichen nicht auch Zeit dazu haben, wenn wir es wirklich wie eine große Wahl machen wollen? Dann zum anderen, in dem ersten Antrag ist leider kein Budget für das Jugendparlament eingeplant.

In dem Änderungsantrag jetzt schon, wofür wir auch ganz stark sind, weil es reicht nicht aus, dass Protokolle ausgedruckt werden oder so. Ein Jugendparlament muss auch Werbung machen. Es soll vielleicht auch eine Website entstehen, das braucht alles Geld. Und in dem ersten Antrag ist halt überhaupt nicht geklärt, wer das finanzieren soll.

Und uns ist auch noch ganz wichtig, dass es eine Personalstelle dafür gibt. Wir hoffen einfach, dass das nicht Frau Goldammer ist, weil wir Angst haben, dass, Frau Goldammer, nur mal kurz zur Info, begleitet den Kinder- und Jugendrat und den Stadtschülerrat, bereitet da einfach vieles vor, hilft uns in der Organisation. Wir haben einfach Angst, dass sie das machen muss und wir dann hinten runter fallen. Es ist halt einfach wirklich so. Weil, wenn man ein Jugendparlament neu aufbaut, braucht das natürlich erstmal viel mehr Zeit, um damit klarzukommen als jetzt ein bestehender Kinder- und Jugendrat beziehungsweise Stadtschülerrat.

Herr Preuk

Und dann noch zwei weitere wichtige Dinge, finden wir, sind, dass also jetzt zum Änderungsantrag, steht so drin, dass am besten eine Onlinewahl stattfinden soll. Wir sehen das kritisch, dass jetzt zum Beispiel auch ein Zehnjähriger oder auch Zwölfjähriger am Sonntag zur Wahl gehen soll, um da zu wählen.

Vielleicht geht man als Grundschüler noch mit seinen Eltern wählen, da würde das ja passen. Aber ein vierzehnjähriger Junge geht nicht freiwillig am Samstag wählen. Das müssen wir so sagen. Und da finden wir eine Onlinewahl, wo jeder per Wahlbenachrichtigung, Zugangscode oder so bekommt. Das gibt's alles schon, viel praktischer, weil das geht einfach schneller, da kann, jeder Jugendliche hat ein Handy, kann man einfach darüber abstimmen.

Notfalls kann man ja auch in der Schule mit Internetzugang wählen. Und, dass wir so einfach eine viel höhere Wahlbeteiligung bekommen als wenn wir nur standardmäßig wählen durch ein Wahllokal. Und das fast wichtigste ist, dass das Jugendparlament, jetzt, so wie es in diesem Antrag steht, nur die Sitze hat im Jugendhilfeausschuss und im Bildungsausschuss.

Das heißt, es würde uns zwar etwas entlasten, aber schafft keinen richtigen Mehrwert. Wir hätten uns am Anfang gewünscht, dass wir Rede, vielleicht sogar Antragsrecht im Stadtrat bekommen. Das ist mit der Kommunalverfassung schwierig, aber da muss man auch schauen. Gibt es da nicht, vielleicht so wie in Leipzig, die Möglichkeit, über einen Beirat das mit einzubringen? Muss man alles weiter ausführen.

Aber so wie es jetzt ist, ohne Rederecht, ohne Antragsrecht, ist es einfach nur ein weiteres Gremium, was wir eigentlich nicht brauchen, weil der Stadtschülerrat und der Kinder- und Jugendrat schaffen es auch, in diese zwei Ausschüsse jemanden zu entsenden. Und dieses extra Gremium würde da einfach nicht viel bringen. Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielleicht können Sie nochmal darstellen, mit wem Sie sich beraten haben und woher Sie diese meine Meinung eben, die Sie dargestellt haben, mit wem Sie sich da ausgetauscht haben?

Herr Preuk

Also wir haben das natürlich in unseren beiden Gremien umfassend besprochen. Wir haben ja auch am Anfang, das ganz erste Konzept mit ausgearbeitet und waren damit auch alle so zufrieden. Da stand zum Beispiel ein Rederecht im Stadtrat mit drin. So wie es jetzt ist, sind wir uns aber alle einig, dass es nichts bringt, muss man so sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich frage nochmal, mit wem haben Sie sich danach ausgetauscht und mit wem haben Sie konkret gesprochen, aus den Fraktionen? Nur damit wir das vollständig in den Unterlagen haben.

Herr Krause

Das ist doch nicht relevant hier.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist schon relevant, weil, wir müssen ja wissen, wie die Entscheidungsfindung hier zustande gekommen ist.

Herr Krause

Sie geben doch auch nicht Preis, mit wem Sie reden, also beim besten Willen. Da protestiere ich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, Sie können gerne protestieren. Ich habe eine Frage gestellt und sie können jetzt sagen, ob Sie die beantworten wollen oder ob Sie die nicht beantworten wollen. So, das liegt in Ihrer Entscheidung.

Frau Strauß

Ich weiß jetzt nicht, inwiefern das hier beiträgt. Also wir haben mit Vertretern von Fraktionen der LINKEN gesprochen, MITBÜRGERN, GRÜNEN, SPD.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut, vielen Dank. Dann würde Herr Paulsen erwidern.

Herr Paulsen

Ich finde das, ehrlich gesagt, etwas schade. In Rückmeldung an die beiden Vertreterinnen vom KJR, dass das, was wir besprochen haben, überhaupt keine Resonanz findet. Erstmals wurde weggelassen, dass es nach der fachlichen Rücksprache innerhalb der Verwaltung dann nochmal ein Zugehen auf die Fraktionen war, warum bestimmte Punkte, zum Beispiel ein Antragsrecht im Stadtrat, nicht umsetzbar ist. Dass es da sehr wohl einen Rücklauf gegeben hat und nicht einfach eine handstreichartige Änderung. Und ich auch über zwei Stunden eine sehr intensive und eigentlich sehr fruchtbare und interessante Diskussion mit Vertretern vom KJR und Stadtschülerrat geführt habe, wo wir uns an einigen, relevanten Punkten, angenähert haben. An zwei relevanten Fragen tatsächlich noch Diskussionsbedarf war und hier eigentlich verabredet war, das nochmal in den beiden Gremien diskutiert wird. Und insbesondere bei der Frage, „Wird eine Stelle benötigt?“, auch nochmal ein Rücklauf stattfinden soll. Hinsichtlich der Frage, „Wofür ist die überhaupt zuständig und in welchem Umfang wird denn das erwartet?“, damit man formulieren kann, warum will ich eine Vollzeitstelle haben.

Insofern ist das ein bisschen einseitiger und unvollständiger Bericht gewesen. Wir haben intensiv diskutiert zu der Frage der Öffentlichkeitsarbeit und der Kandidatengewinnung. Und ich habe hier ganz deutliche Zusagen der Verwaltung gemacht, in welchem Umfang und an welcher Stelle wir unterstützen. Und jetzt sozusagen die Befürchtung wieder raumgreifend zu sehen, dass der Stadtschülerrat und der Kinder- und Jugendrat alleine das managen sollen, das gibt überhaupt nicht das wieder, was wir an Angeboten im Rahmen der Zusammenarbeit gemacht haben.

Es gibt in der Tat Punkte, da kann man drüber diskutieren. Zum Beispiel bei der Frage des Budgets. Ich glaube, und da springt auch der Änderungsantrag meiner Meinung nach viel zu kurz, ist ein Budget nicht sinnvoll, nicht hilfreich. Im Änderungsantrag wird formuliert, es soll explizit, es sollen die bestehenden Strukturen nicht geschwächt werden. Und genau so ist dieses Konzept ja geschrieben worden, dass das neue Jugendparlament eng an die Stadtratsarbeit angedockt ist, dort Anträge und Vorlagen diskutiert werden und auch mit einem Votum versehen werden und auch Eigeninitiativrecht möglich ist, was dann über den

Jugendhilfeausschuss, im Zweifelsfalle über den Bildungsausschuss, auch den Weg in den Stadtrat finden kann. Das ist ja das, was wir sozusagen an Möglichkeiten haben.

Wenn wir jetzt diesem Jugendparlament auch noch ein Budgetrecht geben, dann sind wir ganz nah dran am Kinder- und Jugendrat, der Projekte umsetzt, der Budgets verwaltet, der Förderungen macht. Und das ist ein Punkt, und auch das war etwas in der Diskussion, wo sozusagen eine Abgrenzung ganz sinnvoll ist. Wir haben ein politisches Gremium, das sich eng an der politischen Arbeit in der Stadt orientiert. Und wir haben Kinder- und Jugendrat und Stadtschülerrat, die das, was sie bisher machen, auch noch verstärkt machen können, weil die Ressourcen nicht mehr gebunden sind für die Begleitung der politischen Arbeit in der Stadt.

Insofern ist diese Budgetfrage eine, die zum einen nicht eingeordnet ist, und zum anderen glaube ich, tatsächlich in die Arbeit des KJR bisher eingreift, weil wir dann zwei Gremien haben, die Budgets verwalten für Projekte, die sie wollen.

Zum Punkt Onlinewahl, als vorletztes noch ganz kurz. Es ist ein Punkt, über den kann man tatsächlich streiten. Was präferiert man? Was präferiert man nicht? Ich sage ganz klar, ich finde die klassische Wahl besser. Ich glaube, das ist der Weg, der zuverlässig, das Wahlrecht, was wir uns vorstellen für alle möglichen Parlamente bis hin zum Stadtrat, auch in Deutschland umgesetzt haben und letztendlich auch eine Heranführung an die Ausübung des politischen Mitspracherechts im Rahmen des Erwachsenwerdens oder Erwachsenseins dann.

Eine Onlinewahl garantiert meiner Meinung nach in viel geringerem Umfang tatsächlich einen Ausschluss von Missbrauch, die Weitergabe von Login-Daten, die einem per Karte zugeschickt werden, ist zum Beispiel ohne weiteres möglich. Es kann hier überhaupt nicht abgesichert werden, wie viel Leute sich wie oft online an so einer Wahl betätigen. Und ich glaube, dass es sich lohnt, für eine Beteiligung zu werben und zu überzeugen, dass dies ein wichtiges und interessantes Gremium sein kann, wo es sich lohnt, auch am Samstag und Sonntag zur Wahl zu gehen. Und nicht darauf zu schießen, wie kann man fünf Prozent Wahlbeteiligung mehr erreichen. Sondern tatsächlich den in der Tat aufwendigeren, aber ich glaube, nachhaltigeren Weg geht, davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, am Sonntag, egal, ob mit Eltern oder ohne Eltern oder mit Freunden oder ohne Freunde, zur Wahl zu gehen.

Zum Schluss noch die Frage, sind die beiden Sitze in den Ausschüssen zu wenig? Auch darüber hatten wir diskutiert und sind auch einvernehmlich dazu gekommen, das a), mehr Ausschüsse zu besetzen, nicht leistbar sein wird für das Jugendparlament. Und b), dass eine direkte Verankerung im Stadtrat über Rede- oder Antragsrecht nicht möglich ist.

Andersrum, nicht wo steht das, sondern wie soll das möglich sein? Es ist nicht möglich. Und ich wundere mich darüber, dass das jetzt als Problem aufgegriffen wird. Sondern, das sind im Moment unsere gewollten Einflussmöglichkeiten für Jugendliche auf die Stadtratsarbeit. Zwei Sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner im Jugendhilfeausschuss und im Bildungsausschuss, wenn von Jugendlichen signalisiert wird, dass mehr Ausschüsse zu besetzen, für sie schwierig sein wird. Das war die Einschätzung, die einvernehmliche Einschätzung in der Runde. Dann glaube ich, sollten wir das so stehen lassen und auch diese Möglichkeiten nutzen. Und wie gesagt, rechtlich ist ein Rede- und Antragsrecht im Stadtrat, meiner Meinung nach, nicht darstellbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Frau Ernst. Herr Krause und dann Herr Lange.

Frau Ernst

Sie hatten in der Begründung, was die Onlinewahl betrifft, gesagt, Sie haben aus Ihrem Umfeld, oder in der Diskussion hat sich ergeben, dass man sonntags nicht zur Wahl geht. Haben Sie da Gründe diskutiert, warum das seitens der Kinder und Jugendlichen so gesehen wird?

Herr Preuk

Es ist einfach nur so, dass jetzt nicht unbedingt jeder Jugendliche vielleicht so politisch interessiert ist, wie es jemand im Stadtschülerrat ist oder so. Also wir könnten uns das alle vorstellen, dass es nicht so zur Zustimmung treffen wird, dass man zur Wahl geht am Sonntag, in seiner Freizeit. Wofür man nichts bekommt, was einem nicht so wirklich was bringt. Natürlich bringt es einem was, aber der Jugendliche an sich, ich kenne es von meinen Freunden, ich gehe ja auch in die Schule. Ich schätze das so ein. Und das traf auch auf Zustimmung von meinen Freunden, beziehungsweise den anderen im Stadtschülerrat.

Frau Strauß

Noch dazu. Ich finde auch, wenn man die Wahlbeteiligung momentan sieht, die Eltern müssen ja erstmal zur Wahl gehen mit den Kindern, damit die Kinder überhaupt wählen können an diesem Sonntag. Und wenn man die Wahlbeteiligungen sieht, würde ich sagen, schließt man einfach viele Jugendliche aus, die vielleicht doch Interesse dafür hätten, die einfach nicht, weil sie zehn Jahre alt sind, noch nicht alleine in ein Wahlbüro gehen können, noch gar nicht wissen, wie das funktioniert. Und man das deswegen einfach über eine Onlinewahl abdecken kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann Herr Krause, Herr Lange und dann Herr Wolter.

Herr Krause

Herr Paulsen, mir hat jetzt sozusagen Ihre Äußerung gezeigt, dass wir mehr Zeit eigentlich tatsächlich brauchen, so wie es der Änderungsantrag auch bringt, mit dem Punkt Zwei. Weil, mit Verlaub, Sie Ihre subjektive Meinung als die Grundlage der Diskussion zu nehmen, die alle teilen müssen, halte ich für fragwürdig. Und diese Art der Befragung hat nichts zu tun mit einem Demokratieverständnis, Herr Oberbürgermeister. Muss ich Ihnen ganz offen sagen. Wir erzählen Ihnen auch nicht zwangsläufig mit wem wir im Vorfeld einer Beschlussvorlage reden. Und Sie tun das auch nicht. Dann hier so eine Frage zu stellen, mit wem haben Sie über was geredet. Das gehört nicht in diese Zeit. Wir leben in einer Demokratie.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das von Ihnen Herr Krause...

Herr Krause

Sie können ja darauf reagieren, ist doch gar kein Problem. Herr Paulsen, alleine mal diese eine Frage mit dem Online abstimmen. Sie stellen in den Raum, das ist nicht sicher. Möglicherweise stimmt das sogar, aber das hätte ich dann auch schon mal ganz genau gewusst, worauf das fußt. Ob es nicht doch Wege gibt, das sicher zu machen.

Ich sage Ihnen mal ein Beispiel, wie es beispielsweise vielleicht sicher ginge. Indem man zum Beispiel den Zugang an Computern über die Schule gewährleistet und dort per Passwort abstimmt. Man kann sowas machen, dass eben nicht jemand mehrfach abstimmt. Da bin ich mir relativ sicher, wenn man das will. Da muss man tatsächlich neue Wege ausprobieren und die Jugendlichen, das ist eine andere Generation, die gehen da auch neue Wege.

Und das wäre auch aus meiner Sicht eine Möglichkeit, das auch ein Stück zu probieren. Wir machen das ja als Stadt auch. Wir gehen ja auch vorsichtig verschiedene neue Wege. Wir haben Zeiten erlebt der Papierratsarbeit und haben jetzt eine papierlose Ratsarbeit. Ich hatte auch Bedenken am Anfang, gebe ich zu. Habe auch eine Weile gebraucht, mich darauf umzustellen. Und sage heute, das ist richtig. Und genauso sehe ich das. In dem Kontext sehe ich das hier auch. Wir sind ja da auch alle irgendwo Lernende. Ist doch vollkommen klar. Aber ich würde das sozusagen nicht, so wie Sie es gemacht haben, absolut abwehren und sagen, das geht gar nicht, das sind Sicherheitsbedenken und fertig. Da haben wir ein unterschiedliches Verständnis und das haben wir auch nicht ausdiskutiert.

Ebenso die Frage des Budgets. Offensichtlich ist gar nicht klar für die einzelnen, wozu das Budget als Grundlage dienen soll. Die Frage der Einschätzung, wie Gremien besetzt werden. Ob Sie dann sozusagen, sich de facto zusätzlich überflüssig machen oder wie immer man das dann sozusagen beschreiben will. Da ist offensichtlich notwendig, wenn man über ein Mitspracherecht, ein Antragsrecht und Rederecht im Stadtrat berät, nochmal das auch juristisch zu prüfen, ob das komplett ausgeschlossen ist oder ob es einen Weg gibt dazu, dass man diese Partizipation ermöglicht.

Also hier sind eine Menge Fragen offen. Alleine schon in dieser kurzen Runde, habe ich festgestellt, die mir zeigt, dass wir nicht ad hoc hier sozusagen was durchdrücken will, zur Wahl am 26. Mai. Ich persönlich bin sowieso der Meinung, die Leipziger haben das sicherlich auch mit Bedacht gemacht. Die haben vier, fünf Jahre gebraucht, um das in die Gänge zu bringen, dass es funktioniert. Und nicht hinterher eine Politikverdrossenheit bei den Jugendlichen aus eigenem Erleben de facto von uns erzeugt wird. Deswegen macht es Sinn, sich diese Zeit zu nehmen, zu gucken, dass wir die Grundlagen richtig schaffen und dann wollen wir sehen, dass es auch richtig funktioniert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Direkt dazu Herr Paulsen und dann geht es weiter.

Herr Paulsen

Ich weiß nicht, was Sie jetzt interpretieren als subjektive Meinung als Grundlage zu nehmen. Sie haben Ihre Meinung gerade zu Punkten geäußert, werfe ich Ihnen auch nicht vor, dass Sie jetzt meinen, alle müssen die annehmen, sondern Sie vertreten diese Position hier im demokratischen Wettstreit. Und insofern sollten Sie mir und uns das auch zugestehen. Ich hätte mir dann von Ihnen gewünscht, dass Sie, abgesehen davon, dass wir bewusst, einen Grundsatzbeschluss mit Eckpfeilern vorgelegt haben und gesagt haben, dann kommt die Satzung, die das ausfeilt, dass Sie dann auch sagen, wenn Sie Onlinewahl machen, wie kann man es denn sicher machen.

Meiner Meinung nach kann man es nicht sicher machen. Es gibt nicht mal für jedes Kind einen Ausweis. Wir können nur über ein zugeschicktes Passwort, über einen zugeschickten Zugang arbeiten. Nicht alle Jugendlichen sind in der Schule und selbst ein Schulrechner bietet nicht die Möglichkeit, dass man nur einmal abstimmt. Also insofern müssten Sie dann bitte auch, die Punkte bringen, wo Sie meinen, dass das sicher gemacht werden kann. Meiner Meinung nach muss das ein offenes Verfahren sein, im Sinne von, wir schicken den einzelnen Personen ihre Zugänge zu.

Aber dann sagen Sie mir, wie Sie kontrollieren wollen, dass ich nicht von meinem Freund oder von meiner Freundin nochmal die Karte kriege, und nochmal woanders abstimme. Oder am gleichen Rechner, völlig Wurst. Oder Zuhause. Das können Sie nicht regulieren und ich glaube an der Stelle, ohne zu sagen, das darf man deswegen nicht machen, das sage ich nicht. Sondern ich sage, ich würde in so einer Situation das klassische Verfahren bevorzugen. Auch, weil es jeder Jugendliche bitte möglichst ab seinem sechzehnten

Lebensjahr bei allen anderen Wahlen auch machen muss. Und ich glaube, wir haben nicht umsonst bei uns immer noch dieses Wahlverfahren und nicht das Onlinewahlverfahren. Es wird schon Gründe haben.

Leider sagen Sie in Ihrem Änderungsantrag auch nicht, wofür Sie das Budget wollen. Insofern haben wir es eben bewusst nicht reingenommen, weil wir glauben, es gibt ein Gremium, das mit einem Budget arbeitet und Projekte umsetzt und andere unterstützt, zum Beispiel über den Jugendfonds und wir der Meinung sind, für die Arbeit, wie wir sie skizziert haben, oder versucht haben zu skizzieren, wenn Sie da Unklarheiten sehen, dann fragen Sie doch bitte. Aber in der Arbeit, wie wir sie gesehen haben, mit Anträgen, Beschlussvorlagen und Eigeninitiativen ist ein Budget nicht notwendig. Sondern das liegt beim Kinder- und Jugendrat, die mit einem Budget arbeiten.

Und wir müssen aufpassen, das überhaupt nicht als populistische Warnung. Aber Politikverdrossenheit erzeugt man auch dadurch, wenn man nicht zu Potte kommt. Insofern würde ich mir vier Jahre oder fünf Jahr, wenn Sie Leipzig zitieren, nicht als Ziel setzen, um hier etwas auf den Weg zu bringen, sondern zu sagen, wir haben das Thema jetzt da. Wir diskutieren es jetzt. Und ich glaube, wir können schneller fertig sein, als Ende 2019.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Lange hat das Wort.

Herr Lange

Ja, also da gibt es ja, sehe ich im Änderungsantrag, keine Hürden. Wenn Sie schneller fertig sind als bis Ende 2019, ist dem Beschluss Genüge getan. Hier steht ja drin, dass das überarbeitete Konzept bis Ende 2019 vorzulegen ist. Das können Sie auch gerne im Januar schon machen, wenn Sie das möchten. Also von daher, das ist nicht das Problem. Herr Paulsen, ich habe so ein bisschen das Gefühl, hier gibt es so ein gezieltes aneinander vorbeireden.

Bei dem Budget geht es nicht darum, das zu machen, was der Kinder- und Jugendrat macht, nämlich Projekte zu stricken und diese voranzutreiben. Sondern es geht einzig und allein um die Arbeitsfähigkeit eines solchen Jugendparlamentes. Und wir alle wissen, dass Parlamentsarbeit, dass Demokratie Sachkosten mit sich bringt. Und wenn es nur die Tatsache ist, dass mal was aufgeschrieben werden muss, dass mal was ausgedruckt werden muss, dass mal etwas versandt werden muss, dass man sich mit Einladungen rumschlagen muss, ähnlichem.

Einzig und allein dafür soll ein Sachkostenbudget zur Verfügung gestellt werden. Mehr ist es nicht. Hier geht es nicht darum, sozusagen, die Arbeit des Kinder- und Jugendrates zu ersetzen. Und ich würde Sie auch bitten, damit nicht zu drohen, denn Sie wissen, dass bei denjenigen, die mitgearbeitet haben an dem Konzept, natürlich der Wille da besteht, die entsprechenden Strukturen, die schon in der Stadt arbeiten, nicht weiter zu schwächen. Also das wäre mir sehr wichtig, dass wir da nicht aneinander vorbeireden, wenn es um ein Sachkostenbudget geht. Wie es auch im Antrag drin steht.

Dann steht drin, Sie nehmen da Bezug auf den Punkt B, dass wir ein Antrags- und Rederecht an der Stelle verankern möchten. Hier steht aber auch ganz deutlich drin, „prüfen“, Herr Paulsen, „prüfen“. Das ist jetzt noch nicht das Ende der Fahnenstange. Und da bin ich auch noch nicht ganz bei Ihnen, dass man sagen kann, ja das geht alles gar nicht. Sondern Erstens, wir merken das auch am heutigen Tag und in vielen anderen Sitzungen, wo wir das auch haben, dass ein Rederecht immer erteilt werden kann. Und wenn wir das institutionalisiert erteilen möchten, dann können wir das auch. Selbstverständlich können wir das.

Das ist, denke ich, unproblematisch. Und wenn man sagt, ok, ein Antrag aus dem Jugendparlament, das kommt ja nun ein bisschen drauf an, wie wir das in unserer Hauptsatzung dann regeln, ein Antrag aus dem Jugendparlament wird auch im Stadtrat behandelt oder in einem Ausschuss. Dann können wir das auch machen. Selbstverständlich. Da denke ich, sind die Hürden gar nicht so hoch, wie sie hier aufgezeigt werden. Deswegen halten wir jetzt mal an dem Punkt fest und gucken mal, wie die Prüfung dann entsprechend ausfällt. Und jetzt nochmal zur Onlinewahl. Ich bin jetzt auch kein Fan von Onlinewahl. Ich bin auch kein Fan von Wahlautomaten, wie in den USA. Weil, auch da hat man ja durch gezielte Hackerangriffe gezeigt, dass selbst diese manipulierbar sind, wenn man das möchte. Gleichwohl war das ein Vorschlag, der auch von den Kindern und von den Jugendlichen entsprechend gemacht wurde und deswegen finden wir das gar nicht schlecht, das mal aufzugreifen. Und jetzt gleich von Anfang an zu sagen, das ist unsicher. Wenn Sie jetzt mit Ausweisen kommen, die nicht jeder hat, dann haben Sie doch das gleiche Problem auch, wenn jemand ins Wahllokal geht und dort einen Zettel ausfüllen soll. Da haben Sie genau das gleiche Problem, dass Sie die Identität abprüfen müssen und sich da nicht jemand anders heimlich irgendwie einen Zettel besorgt hat oder eine Wahlbenachrichtigung. Also, so einfach können wir es uns dann auch nicht machen. Und jetzt nochmal, also das war jetzt ein Schwachpunkt, Herr Paulsen. Muss ich ganz ehrlich sagen.

Wir sollen das lösen und Ihnen ein Konzept sagen, wie man eine sichere Onlinewahl machen soll. Also, das ist ja nun wirklich der Gipfel, das ist der Gipfel dessen, was uns hier seit etwa vier bis fünf Jahren vorgeführt wird, wo der Oberbürgermeister regelmäßig sagt, dass für alles, was online stattfindet, Plattformen, Internetseiten und so weiter und sofort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Lange, ich würde Sie bitten, nicht so hoch zu drehen. Weil es könnte sonst sein, das platzt irgendwie.

Herr Lange

Ok. Ich muss mir jetzt sozusagen auch noch mein Redestil vom Oberbürgermeister vorschreiben lassen. Kann ich gerne machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich bitte Sie...

Herr Lange

Der Oberbürgermeister hat jedenfalls regelmäßig deutlich gemacht, dass ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich bitte Sie, den Ton zu mäßigen und bitte ganz normal auch hier das vorzutragen und nicht in dieser Art.

Herr Lange

Ich hatte eigentlich immer gedacht, dass eine Sitzungsleitung einschreitet, wenn in irgendwelcher Weise Schimpfworte fallen oder ähnliches. Scheinbar jetzt auch nicht mehr das, sondern in dem Fall mehr. Wir werden uns das auch für die nächsten Sitzungen merken. Wie dem auch sei, Herr Oberbürgermeister. Sie sagen immer, dass Sie dafür verantwortlich sind.

Wenn wir uns um irgendwas kümmern wollen, wie Website, wie das gestaltet werden soll, ähnliches. Und jetzt sagt Herr Paulsen, wir sollen uns ein Verfahren einer sicheren Onlinewahl ausdenken. Also ich glaube, das ist Erstens zu viel verlangt, weil das kann ein ehrenamtlicher Stadtrat nicht. Und Zweitens, wenn wir das in einen Antrag reinschreiben, gehe ich mal davon aus, dass da sehr kluge Experten bei der IT-Consult sitzen oder in anderen Stellen, die genau das leisten können. Also von daher. Ich finde die

entgegengebrachten Gegenargumente seitens der Verwaltung nicht stichhaltig und plädiere dafür, dass unser Änderungsantrag so angenommen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Paulsen gleich darauf?

Herr Paulsen

Also, Herr Lange. Erstens drohe ich hier niemandem. Ich weiß gar nicht, wie Sie fast die Dreistigkeit besitzen, das so hier darzustellen. Und zum anderen gestatten Sie mir die persönliche Bemerkung, dass es hier nicht darum geht, was Sie als ehrenamtlicher Stadtrat leisten, sondern es gibt ja einen Antrag von Fraktionen, die richtigerweise gut mit Personal ausgestattet sind. Und ich glaube, es gehört zur politischen Arbeit dazu, dass man die Vorschläge, die man macht, gegebenenfalls auch untersetzen kann.

Wir haben Vorschläge gemacht, wir haben sie geprüft, wir haben uns eine Meinung gebildet als Verwaltung und haben die Onlinewahl nicht gewählt. Wenn Sie jetzt kommen und sagen Onlinewahl soll es sein, dann wirft das Fragen auf, die Sie auch selber als politischer Mitbewerber, als jemand, der Vorschläge und Anträge selber erarbeitet, erarbeiten muss, auch beantworten können muss. Und mit Ausweis habe ich nicht gemeint, dass sich jemand ausweisen muss während er am Rechner sitzt. Das wäre ja ein bisschen albern. Sondern es geht darum, dass theoretisch zumindest über den Ausweis eine Digitalfunktion verfügbar wäre mit der so etwas machbar wäre.

Bei Kindern aber auf keinen Fall. Insofern geht es natürlich nicht darum, dass man mit dem Ausweis vor dem Rechner sitzt, Herr Lange. Sondern, das wissen Sie selber, in welche Richtung das geht, welche Möglichkeiten ein vorhandener Ausweis besitzt. Der Prüfauftrag ist erledigt, ein Antragsrecht im Stadtrat ist nicht möglich und ich denke auch ein verbrieftes Rederecht wird über eine Satzung des Jugendparlamentes nicht möglich sein. Das dürften Sie dann in Ihrer Geschäftsordnung verankern, wenn das gewollt ist von Ihnen. Das hat aber mit dem, worüber wir jetzt reden und was wir als Ergebnis dieses Prozesses haben, nämlich eine Satzung für ein Jugendparlament, hat das nichts zu tun.

Da kann nicht drin stehen, was das Jugendparlament im Stadtrat machen muss. Einstig beim Budget, denke ich, diese Klarstellung ist wichtig gewesen, wenn es darum geht, dass die Arbeitsfähigkeit dieses Gremiums gesichert ist, denke ich, sind wir d'accord. Das haben wir auch immer so gesagt, im Konzept dargestellt. Es wird jemanden geben, der die Protokollführung, wie wir es aus den Stadtratsausschüssen kennen, und die Arbeit begleitet. Und dazu gehört natürlich auch die Sicherstellung sämtlicher Prozesse, die da im Jugendparlament stattfinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, danke. Ich würde vielleicht im Nachgang, wenn Herr Preuk nochmal die Möglichkeit hat, vielleicht Hinweise zu geben, würde ich mich freuen. Aber ich will auch gerne nochmal reagieren, auf Ihre Äußerung Herr Oberbürgermeister, zu unserem Antrag, zu unserem Änderungsantrag, zu der Beschlussvorlage. Und andererseits auch an Herrn Paulsen nochmal ein paar Worte richten.

Was ich höre, Herr Oberbürgermeister, ist eigentlich so, als ob wir unterschiedliche Zielstellung haben und das überrascht mich ein bisschen, weil Sie ja von vornherein schon mit dem Aufkommen der ersten Idee gesagt haben, dass Sie natürlich dieses Ziel zur Einrichtung des Jugendparlamentes teilen. Was Herr Paulsen anscheinend jetzt sozusagen geschildert hat, ist so, wie als ob man, deswegen ist glaube ich die Formulierung von Herrn

Krause mit subjektiver Wahrnehmung gemeint gewesen. Herr Paulsen, dass Sie, sage ich mal, jetzt reagieren, als ob wir einen Gegenvorschlag zu der Verfahrensweise der Verwaltung, dass, was Sie ja hauptsächlich auch mit betreut haben, machen.

Das machen wir gar nicht. Und deswegen bin ich eigentlich, sage ich mal, zur Klarstellung zum Budget, das haben wir gerade gemacht, da haben wir eine gemeinsame Feststellung. Zur Onlinewahl wird wahrscheinlich Herr Preuk nochmal was sagen. Und aus meiner Erfahrung könnte ich auch ein paar Hinweise geben. Aber ich will nur den Hinweis geben, das steht in dem Konzept, was Sie mit unterschrieben haben. Was Sie mit erarbeiten, mit drin als eine Möglichkeit. Also selbst das ist nicht mal neu.

Da steht die Möglichkeit zur Einführung einer Onlinewahl mit drin. Natürlich. Lesen Sie es doch vielleicht mal. Entschuldigung, das war jetzt ein bisschen spaßig gemeint. Was für mich aber ganz wichtig ist, Herr Oberbürgermeister, ist die Frage, wie richte ich es ein? Und da ist von vornherein die Diskussion hier im politischen Raum gewesen, weil ich habe Ihnen signalisiert, auch zur Beschlussvorlage... Zur Beschlussvorlage, Herr Oberbürgermeister, hatte ich Ihnen signalisiert, dass wir sehr wohl dem folgen könnten und die Signale aber aus den Fraktionen war, wir wollen relativ schnell eine Untersetzung dessen, weil diese, sage ich mal, Zielstellung, die Sie ja hatten, nochmal die Erinnerung Quartal 2019, wird das Konzept vorgelegt und Herbst 2019 soll, ich richte auch das Wort an Sie, Herr Paulsen, Herbst 2019, ich bin froh, dass Sie das können, Herbst 2019 soll die Einrichtung des Jugendparlamentes stattfinden. Das heißt wir sind gar nicht so anders in unserer Zeitplanung. Der einzige Unterschied ist, dass wir niedrigschwellig uns relativ schnell hier eine Verabredung getroffen haben, zu dieser Untersetzung.

Und da geht es darum, dass es natürlich um Mitnahme geht. Und wenn wir hier die Signale aus dem Kinder- und Jugendrat und aus dem Schülerrat zu fragen haben, natürlich haben wir das Recht und die Pflicht, als Fraktion uns zusammen an einen Tisch zu setzen und zu sagen, wir machen jetzt hier in den gemeinsamen Prozessen, in denen wir uns befinden, einen Konkretisierungsvorschlag. Ich bin total überrascht, dass das so aufgenommen wird, als ob das etwas anderes wäre, als was Sie vorhaben.

Wenn die Mitglieder des Schülerrates hier sagen, für uns, in unserer Vorstellung, ob Sie das jetzt, sage ich mal, exzellent oder nur detailliert oder auf den Punkt genau begründen, das ist mir relativ egal. Sie haben mir eine Erklärung geliefert, dass sie sich vorstellen könnten, dass es besser wäre, eine längere Zeit der Vorbereitung zu haben. Natürlich werden wir doch mit sonst was gepudert, wenn wir sagen, das ist uns egal. Das ist uns egal, was ihr sagt, macht es schneller. Macht ein bisschen hin, wenn ihr mehr Zeit braucht, das kriegen wir schon hin. Also ich muss sagen, auch als Vater und auch als jemand, der viel mit Jugendlichen arbeitet, das wichtigste ist doch, dass wir uns auf einen gemeinsamen Startpunkt beziehen und dann sagen, und jetzt gehen wir los.

Und das haben wir mit der AG geschafft und mehr wollen wir auch nicht. Die Umsetzung ist Ihr Auftrag, die Konkretisierung ist Ihr Auftrag, den haben Sie ja vorher schon erklärt, dass Sie den annehmen. Deswegen hatte ich erwartet, dass Sie den Änderungsantrag von uns übernehmen und letztendlich wir uns gemeinsam hier mit einer Mehrheit in die Arbeit begeben. Und jetzt vielleicht noch ergänzend, weil das vielleicht nochmal uns hilft in der Debatte, von Herrn Preuk, nochmal zum Online-Voting.

Herr Preuk

Ja, Dankeschön. Erstmal zu Herr Lange, Sie hatten schon sehr viel vorausgegriffen, was wir uns hier aufgeschrieben haben. Zur Onlinewahl, also es wäre natürlich nicht so, dass jetzt jeder Schüler ein Code bekommt, da auf irgendeine Website gehen könnte, den eingibt und dann abstimmen kann und dann an den nächsten Rechner geht und das nochmal tun kann. Der ist natürlich nur einmal gültig. Also, ob ich nun diesen Code benutze und den an meinen

Freund weitergebe, um jetzt mal von Missbrauch zu sprechen, oder die Wahlbenachrichtigung weitergebe, weil ausweisen kann sich ein Zehnjähriger noch nicht, ist glaube ich, das geht beides.

Und dann kann man auch die Onlinewahl, die deutlich einfacher ist, benutzen. Wir hatten vor wenigen Wochen ein Gespräch mit Ihnen, Herrn Paulsen. Wir hatten das deswegen jetzt nicht erwähnt, weil für uns war das Gespräch zwar erläuternd, aber relativ wenig produktiv, da das Konzept danach immer noch dasselbe war. Und wir haben diskutiert und am Ende war es trotzdem immer so, dass Sie meinten, es war dann so. Genauso wie mit der Onlinewahl, das stand dann, danach stand fest, nein es geht nicht, weil es ist zu unsicher, auch wenn wir gesagt haben, alles, was wir jetzt schon vorher ausgeführt haben.

Und Sie meinten selbst, dass noch Lösungen gefunden werden müssen, und auch deswegen haben wir uns mit den Fraktionen zusammengesetzt, wo auch gesagt wurde, das man vielleicht nochmal prüfen muss, ob das Rederecht nicht doch verankerbar ist, in irgendeiner Satzung und wir doch dafür Recht bekommen.

Frau Strauß

Und noch ergänzend dazu. Das Geld, was jetzt in diesem Änderungsantrag mit beschrieben wurde, ist nicht für Projektarbeit gedacht, wie das der KJR macht, sondern das ist für die Öffentlichkeitsarbeit vor allem gedacht, dass man sich eine Website erstellen kann, dass man eventuell einfach Werbung dafür machen kann, dass man Kandidaten gewinnt. Da wurde uns in dem Gespräch mit Herrn Paulsen gesagt, ja man könnte in zwei Jahren nochmal drüber überlegen, ob das Parlament dann ein Budget bekommt. Aber wie man, also ich empfinde das zumindest so, wenn sowas einmal in Papier gemeißelt ist, dass dann nicht nochmal unbedingt darüber abgestimmt wird, ob es ein Budget geben würde.

Und die ganz große Frage ist, wo ist jetzt letztendlich der Mehrwert, in diesem ersten Konzept. In dem ersten Konzept steht einfach nur drin, dass das Jugendparlament einen Sitz im Jugendhilfeausschuss vom Kinder- und Jugendrat übernimmt und den Sitz im Bildungsausschuss vom Stadtschülerrat. Das Jugendparlament hat keine weiteren Aufgaben und sicherlich kann ein Jugendparlament auch eine Chance sein, für jugendpolitische Arbeit, die einfach daran zu führen. Das würde aber bedeuten, dass Jugendliche auch mitbestimmen können, in der Stadt Diskussionen anzetteln können und das funktioniert unserer Meinung nach nur, wenn man wenigstens das Rederecht im Stadtrat bekommen würde. Dass man sagen kann, ok, an die Politiker oder an die Stadträte. Schaut doch mal, das ist unsere Meinung dazu. Momentan in diesem Antrag gibt es das halt nicht.

Herr Paulsen

Also, wir sollten nochmal daran arbeiten, wenn wir zusammen diskutieren. Es wurde fleißig mitgeschrieben für ein Protokoll. Ich habe es leider nicht erhalten. Es wäre offenbar tatsächlich notwendig gewesen, sich über dieses Protokoll nochmal zu verständigen, weil das, was Sie hier schildern, habe ich definitiv nicht gesagt. Ich habe nicht für in zwei Jahren was in Aussicht gestellt, sondern ich habe gesagt, wir machen doch jetzt einen ersten Schritt und müssen aus den Erfahrungen, die in der ersten Wahlperiode des Jugendparlamentes, dann Schlüsse ziehen und werden wahrscheinlich ganz viel daraus lernen.

Das war der Punkt, was in zwei Jahren war. Aber nicht zu sagen, jetzt wird das Jugendparlament kurz gehalten. Sondern ich habe gesagt, die Verwaltung unterstützt hier großzügig und umfänglich, bei allem was notwendig ist. Auch bei der Bewerbung oder bei der Findung von möglichen Kandidatinnen und Kandidaten. Und da war ein Punkt, da war nicht explizit insofern Einverständnis, dass wir gesagt haben, ja wir haben jetzt eine Version. Aber Sie haben doch auch in einem Jahr, Ende 2019 das Problem, dass dann Weihnachten ist und das dann Winterferien kommen oder das irgendwann Sommerferien sind.

Das Problem, dass man auf Menschen zugehen muss in einem überschaubaren Zeitraum und dafür werben muss, sich zu engagieren. Und ein Gremium, wo man rein gehen kann, dort mitzumachen oder wenigstens zu wählen, die haben Sie immer. Und da hilft auch ein Jahr Vorlauf nicht. Und das waren Punkte, die haben wir diskutiert. Wir sind nicht bei allem zusammen gekommen, aber explizit bei der Frage, welche Wirksamkeit hat denn das Jugendparlament?

Da haben wir eineinhalb Stunden gebraucht, weil wir uns lange gedreht haben, bis wir das rausgeschält haben. Haben wir sehr wohl die Verständigung erzielt, weil das für Sie wichtig war, zu verstehen, was ich meine, dass wie ein Ausschuss arbeitet, dass sämtliche Vorlagen und Anträge, die Kinder und Jugendliche explizit betreffen, auch in diesem Gremium beraten werden und mit einem Votum vergeben werden sollen, durch das Jugendparlament. Und das Jugendparlament mit zwei Vertretern in zwei relevanten, für die Arbeit der Kinder- und Jugendlichen relevanten Ausschüssen drin ist und der Stadtrat jeder Zeit, auch das haben ich schon gesagt, jeder Zeit sagen kann, im Rahmen von, wir lassen Fachkundige sprechen in unseren Sitzungen, sagen kann, Vertreterinnen und Vertreter des Jugendparlamentes sind fachkundig bei dieser Angelegenheit, weil sie sind die Vertreter der Jugendlichen.

Das habe ich in der Sitzung genau so gesagt und so sind wir auch auseinander gegangen. Insofern fällt das jetzt nicht plötzlich auseinander, sondern, und das ist jetzt sozusagen nochmal eine Antwort auf das, was Herr Wolter gesagt hat. Hier wird offenbar mit unterschiedlichen Versionen von diesem Konzept gearbeitet, was ich sehr problematisch finde, weil Sie offenbar irgendwelche Arbeitsversion durchgestochen bekommen und die jetzt verkaufen als, so steht es drin, wir haben im Session eine Vorlage drin stehen und da steht „Für die erstmalige Wahl des Jugendparlamentes wird eine Wahl analog der Wahl des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) angestrebt, dazu erhalten alle Wahlberechtigten per Hauspost Ihre Wahlbenachrichtigung. Die Wahl kann dann innerhalb der Wahlinfrastruktur der Kommunalwahl erfolgen.“ Von Onlinewahl steht da überhaupt nichts drin. Ich weiß nicht, welche Version Sie haben.

Herr Wolter

Seite fünf des Konzeptes.

Herr Paulsen

Wo denn da?

Herr Wolter

Oben. Erster großer Absatz. Dritte Zeile. Da steht zum Beispiel Online-Wahl in Klammern. Und da steht auch noch niedrigschwelliges Angebot davor. Und zur Erklärung, Onlinewahl. Für die, die es nicht wissen.

Herr Paulsen

Zum Beispiel, ja ist richtig. Wurde an der Stelle in der Tat nicht komplett rausgekürzt. Aber dann stelle ich es jetzt klar, dort ist dargestellt, wie die Diskussion gelaufen ist und im Punkt Wahlberechtigte und Wahlverfahren, das lief ja sozusagen tatsächlich vor, wie es dann da laufen soll, steht ganz klar drin, dass das eine analoge Wahl ist. Seite sechs. Kapitel sieben, vorletzter Absatz.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Lange ist dran. Bitteschön.

Herr Lange

Also, zur Einordnung. Ich fasse das so auf, die Stadtverwaltung hat einen Vorschlag gemacht. Davor gab es verschiedene Abstimmungen, dann ist der Vorschlag in den Stadtrat

gegangen. Und ich finde, das ist ein ganz normaler Prozess, dass dann diejenigen, die direkt von diesem Vorschlag der Stadtverwaltung betroffen sind, beziehungsweise profitieren sollen, sich mit den Fraktionen in Verbindung setzen und sagen, was Sie gut finden, was Sie nicht so gut finden.

Ich finde, da ist kein Skandal dabei. Und von daher denke ich, ist das ein Prozess, der ganz vernünftig gelaufen ist. Daraus gab es jetzt einen Änderungsantrag. Ich habe jetzt auch bei Herrn Paulsen rausgehört, dass man über bestimmte Dinge durchaus in diesem Änderungsantrag sehr positiv auch nachdenken kann. Ich denke, wir sind an einem Punkt in der Debatte, wo die Argumente ausgetauscht sind. Wir könnten an der Stelle dann auch abstimmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann würde ich ganz gerne Herrn Scholtyssek noch das Wort geben. Bitteschön.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank. Ich bin doch einigermaßen erstaunt über die Diskussion, die jetzt hier noch stattgefunden hat. Ich bin davon ausgegangen, dass das Ganze doch relativ ausdiskutiert ist. Das ist ja anscheinend nicht so. Ich hätte jetzt mal eine grundlegende Frage. Das wurde von den MitBÜRGERN beantragt, dieses Jugendparlament einzuführen. Einfach, weil es das in Leipzig gibt und Sie meinen, das ist in Leipzig schick, das müssen wir auch haben, oder haben Sie das mit den Jugendlichen rückgekoppelt? Weil das, was ich jetzt gehört habe, ist jetzt für mich nicht so überzeugend, dass ich sage, wir brauchen das unbedingt auch.

Es gibt ein Konzept der Verwaltung, in Person von Herrn Paulsen. Das scheint jetzt nicht Eins zu Eins deckungsgleich mit dem zu sein, was die Jugendlichen eigentlich wollen. Da muss man nochmal in die Vorlage reingucken. Da steht ja auch drin, nach langer Diskussion wurde sich mehrheitlich für diese Form des Jugendparlamentes entschieden. Wir haben ja jetzt heute hinlänglich gehört, dass es da noch einige Diskrepanzen gibt. Das wäre jetzt die Frage, ob die Jugendlichen das in der Form überhaupt wollen. Für mich war das jetzt nicht so klar.

Der andere Punkt ist die Zeitnot, da muss ich klar Recht geben. Warum muss das jetzt über das Knie gebrochen werden? Ist das, weil das ein Wahlkampfversprechen von Ihnen ist, Herr Oberbürgermeister? Oder warum? Es gibt mehr Zeit glaube ich. Und die Gegenwehr, die jetzt gegen diesen Änderungsantrag kommt, der aus meiner Sicht doch dringend notwendig ist. Das kann ich auch nicht so ganz nachvollziehen. Sie werfen uns immer vor, wir würden was blockieren. In dem Fall habe ich eher den Eindruck, Sie blockieren diesen Änderungsantrag, der ja eigentlich nur das aufgreift, was uns heute hier berichtet wurde. Das man mehr Zeit benötigt, um das einzuführen. Also jetzt so einen Zeitdruck hier aufzumachen, halte ich auch für falsch.

Ich hätte aber noch eine inhaltliche Frage. Und zwar wählen dürfen die Jugendlichen im Alter von sieben bis zweiundzwanzig. Da ist die Frage, warum? Also Kommunalwahl, ab sechzehn gibt es das aktive Wahlrecht. Warum muss man dann noch in dem Jugendparlament mitwirken? Und ein Siebenjähriger, weiß ich nicht, ob der schon so weit ist dort abzustimmen, sich aktiv für etwas Politisches zu interessieren. Stelle ich mir auch ein bisschen schwierig vor. Also, jetzt ist einfach die Frage, woher kommt diese Spanne des Wahlalters?

Herr Paulsen

Das war in der Tat ein Vorschlag von den Jugendlichen. Sie müssen irgendwo anfangen, Sie müssen irgendwo aufhören. Und wenn Sie bei sechzehn aufhören, dann schließen Sie einen Großteil der Jugendlichen, und Jugendliche sind eine Definition, die geht wesentlich weiter als sechzehn, schließen Sie die aus für ein Jugendparlament. Also, wenn es darum geht, zu

diskutieren und mit zu entscheiden, bei Dingen, die Kinder und Jugendliche in der Stadt betreffen, dann können Sie nicht bei sechzehn aufhören, nur weil dann der Stadtrat auch schon mitgewählt werden darf.

Und ähnlich ist es mit dem Einstiegsalter. Wir müssen ein grundlegendes Maß an Lesekompetenz erwarten, bei den Kindern, die mitmachen. Mit sieben Jahren ist das in der Regel erreicht. Ende Klasse Eins, Anfang Klasse Zwei. Das ist dort erreicht. Das wird bei einigen schwerer sein, bei anderen nicht. Aber wenn Sie der Meinung sind, sieben ist zu früh, stellen Sie einen Änderungsantrag und machen acht, neun oder zehn. Da kann man auch drüber diskutieren. Sie müssen irgendwo anfangen. Und wir glauben, in dem Moment, wo man den Einstieg in die Grundschule geschafft hat, kann man auch mit wählen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gleich direkt darauf, Herr Scholtyssek bitte.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank für die freundliche Erwiderung. Es war einfach nur die Frage, woher diese Altersspannen kommen. An den sechzehn würde ich mich jetzt auch nicht festmachen. Das ist einfach das Alter zur Kommunalwahl. Bundestagswahl ist mit achtzehn. Mit achtzehn kann man sich auch in den regulären Stadtrat wählen lassen. Insofern sehe ich da eher eine Grenze bei achtzehn. Da sagt man dann, dann sind diejenigen erwachsen. Darf man Auto fahren und was auch immer.

Mit den sieben, ja gut. Das war anscheinend ein Vorschlag. Vielleicht kann man sich darüber nochmal unterhalten, ob man dann vielleicht noch sagt, acht, neun, zehn. Kann ich jetzt auch nicht aus dem Bauch heraus sagen, was da richtig wäre. Aber die sieben halte ich für ein bisschen zu jung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank. Ich habe an euch beide noch zwei Fragen. Nämlich die Frage, die Herr Scholtyssek eben auch formuliert hat. Möchtet Ihr das Jugendparlament überhaupt? Und die zweite Frage ist, könnt Ihr nochmal sagen, wie alt Ihr bitte seid? Entschuldigung, es kann ja auch sein, dass Ihr sagt, mit dem Kinder- und Jugendrat sind die Beteiligungsrechte vollkommen in Ordnung, das reicht aus. Dann ist das ja auch ein Indiz, mit dem wir arbeiten können.

Frau Strauß

Also wie gesagt, wir sehen schon eine Chance in der Erschaffung eines Jugendparlaments. Aber nur, wenn das Jugendparlament ein Rede- und Antragsrecht im Stadtrat hat, weil es sonst einfach eine Aufteilung wäre, von der Arbeit, die es bisher gibt. Man hat momentan Jugendliche im Bildungsausschuss und im Jugendhilfeausschuss sitzen, die da mitdiskutieren können, ihre Meinung abgeben können. Der Mehrwert wäre halt wirklich, dass man in anderen Ausschüssen mitdiskutieren kann, beziehungsweise halt dann das große Pendant dazu im Stadtrat. Wenigstens, dass es da halt Rederecht gibt. Genau das ist...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok. Darf ich da gleich Herrn Schreyer nochmal zu Wort kommen lassen, im Hinblick auf die rechtliche Einordnung, zu dem was Sie eben gesagt haben. Damit wir es klarstellen können. Bitteschön, Herr Schreyer.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank. Zur rechtlichen Rahmenbedingung vielleicht nochmal kurz die folgenden Erläuterungen. Auch im Stadtrat gilt, das wissen Sie ja nun, soweit brauche ich Sie nicht belehren, das Kommunalverfassungsgesetz. Sie wissen alle, wer ein Antragsrecht hat, wer ein Rederecht hat. Sie wissen auch, in wieweit das bereits bei Sachkundigen Einwohnern

begrenzt ist, die auch kein eigenständiges Antragsrecht haben. Und insoweit gibt es tatsächlich keinerlei rechtliche Möglichkeit, nach dem derzeitigen Kommunalverfassungsgesetz im Stadtrat mit einem Antragsrecht hier des Jugendparlamentes zu arbeiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Deshalb frage ich jetzt nochmal. Das würde ja dann ausschließen, dass Ihr, wenn es das nicht gibt, aktuell gibt es das nicht, dass von Eurer Seite da keine Zustimmung zum Jugendparlament kommt. Wenn ich das jetzt richtig gedeutet habe, oder? Weil, das war so eine, wenn, dann, bei Euch in der Darstellung.

Frau Strauß

Genau, dann haben wir halt gesagt, dass man vielleicht einfach die Zeit und die Muse, die man reinsteckt, in die Erschaffung eines Jugendparlamentes, vielleicht einfach in die bereits bestehenden Gremien reinsteckt. Dass die ihre Arbeit einfach noch vertiefen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok. Das wäre also ein Plädoyer, den Kinder- und Jugendrat zu stärken.

Frau Strauß

Und Stadtschülerrat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Oh, Entschuldigung! Und Stadtschülerrat, ja. Dann haben wir das, denke ich, deutlich gemacht. Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Das hätte Ihnen Herr Paulsen auch berichten können. Das war Ergebnis der ersten Gesprächsrunde, die Herr Paulsen mit den Vertretern des Kinder- und Jugendrates und auch des Stadtschülerrates hatte. Das es sozusagen um Rederecht und... Aber es ist schon ein bisschen lustig, wie Sie jetzt sozusagen, das drehen. Nochmal, wir haben ein gemeinsames Ziel, hier ein Jugendparlament einzurichten. Was Sie berichten Herr, ich reagiere jetzt mal nur auf Ihre Aussagen, zur juristischen Einschätzung. Vielleicht könnten Sie mal ganz kurz einschätzen, wie Bitterfeld-Wolfen die Beteiligung des Beirates nach sachsen-anhaltinischem KVG geregelt hat. Das werden Sie ja wahrscheinlich geprüft haben, in Vorbereitung der Sitzung, oder des Themas.

Herr Schreyer

Es ist, Herr Wolter, immer sehr schwierig, weil Sie regelmäßig mittlerweile fragen, warum machen das andere Kommunen so? Ich bin nicht der Rechtsberater anderer Kommunen. Das hatten wir schon mal in diesem Ausschuss hier. Insoweit kann ich Ihnen leider rechtlich nicht beantworten, wie es Bitterfeld-Wolfen geschafft hat, für die die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen gelten. Vielleicht hat da noch keiner auf der Probe rum geprüft, ja. Vielleicht haben Sie es einfach gemacht. Aber auch in Bitterfeld-Wolfen gilt das KVG und es gilt genauso, wie für uns. Warum die Sachsen das so gemacht haben, ich weiß nur, die hatten das gleiche Problem. Und sie haben es versucht, über einen Großgriff zu regeln. Ob der zulässig ist und ob das dort mal von der Kommunalaufsicht geprüft wird, das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ist aber auch nicht meine Aufgabe.

Herr Wolter

Darf ich weiter?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte nur nochmal sagen, wenn irgendwas ist, wir stehen auch als Rechtsberatung auch zur Verfügung, wenn, nur damit wir das dann immer klarstellen.

Herr Wolter

Nein, wie Sie vielleicht gelesen haben, Herr Oberbürgermeister, ist das ein Hinweis gewesen, in unserem Änderungsantrag, weil das uns berichtet wurde und weil das auch im Namen des KVG möglich ist, über Beiräte, die natürlich mit dem KVG auch gedeckelt sind. Und auch, sage ich mal, gesetzlich verankert sind im KVG, natürlich eine Möglichkeit gibt. Ich dachte, dass es nicht nur sozusagen, ich glaube, dass ich so oft noch nicht verglichen habe. Vielleicht zwei, drei Mal, vielleicht auch vier Mal, in den vielen Jahren, in denen ich hier sitze. Dass Sie das schon geprüft haben und uns eine Möglichkeit, wie Sie das sonst machen bei allen Dingen, die Möglichkeit darstellen. Ich glaube die Zielstellung ist klar. Wir haben Ihnen hier dargestellt, gemeinsam mit den Sprechern vom Stadtschülerrat und auch vom Kinder- und Jugendrat, dass hier ein gemeinsamer Kompromiss und Annäherung stattgefunden hat. Herr Oberbürgermeister, die beiden Vertreter haben auch klar die Position dargelegt. Da jetzt nachzufragen, unter welchen Bedingungen dann man nicht mehr dafür wäre, ist schwierig. Weil die Bedingung...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich finde, das war eine genau richtige Frage.

Herr Wolter

...lassen Sie mich mal bitte ausreden, Herr Oberbürgermeister. Weil Sie die Bedingungen nicht abschließend geprüft haben. Der Auftrag, den wir hier erteilen wollen, mit dem Änderungsantrag, ist genau das zu tun. Und solange Sie das nicht abschließend getan haben, auch mit der Einschätzung, die Sie jetzt gerade gemacht haben, was das Rederecht beziehungsweise das Antragsrecht in unserem Stadtrat bedeutet, ist das für mich nicht abschließend getan. Würde ich bitten, um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, der natürlich, Herr Scholtyssek, darauf will ich noch antworten, wirklich nur unter einem Mehrwert Sinn macht.

Das ist ja klar. Mit der Zeitschiene ist es für uns so, dass wir trotzdem der Verwaltung ja Zeit geben wollen und auch dann natürlich in den Ausschüssen eine Diskussion bezüglich der Vorlagen, die dafür notwendig sind, passieren. Also die Konkretisierung ist nicht heute abgeschlossen. Die Reaktion, das war ja für uns der Punkt, dass man sagt, es ist, vielleicht lernt man manchmal von einer Nachbarstadt, aber das ist nicht der Punkt, sondern es geht darum, dass man in irgendeiner Form das manifestiert und auch institutionalisiert, was sage ich mal, Mitwirkungsrechte sind, die über eine einzelne Vertretung in einem Ausschuss hinaus gehen.

Und das ist, glaube ich, geschildert worden. Und wenn man das aufbaut und wenn man das von mir aus auch befristet, oder noch anders untersetzt. Ich glaube, das ist ein gemeinsames Interesse, zumindest habe ich das bisher wahrgenommen. Und wenn es dann sozusagen darum geht, dann ist zumindest der Änderungsantrag, der jetzt hier vorliegt, eine Konkretisierung auf diesem Weg.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, von meiner Seite nehme ich die Äußerung jetzt auch zum Anlass, dass man hier nochmal überlegt den Kinder- und Jugendrat zu stärken. Und darüber hinaus auch den Stadtschülerrat zu stärken, dass wir da Überlegungen anstellen. Und deshalb sehe ich keinen Grund mehr bei den Aufträgen, die hier sind, dass wir den Antrag weiter beraten und die Verwaltung zieht zurück. Frau Bergner, bitte.

Frau Dr. Bergner

Naja, ich weiß nicht, das ist ja jetzt eher hinfällig. Prinzipiell bin ich auch der Meinung, dass der Stadtschülerrat und der Kinder- und Jugendrat, wenn sie ihre Möglichkeiten ausschöpfen, durchaus und wenn sie auch vielleicht noch mehr Kompetenzen kriegen, die

Dinge die hier besprochen sind, kann man ja auch im Stadtschülerrat zuordnen. Und die Wahlen waren ja immer gesetzlich und demokratisch wirklich auch unangefochten.

Wer von Ihnen beiden ist eigentlich Stadtschülerrat? Und das andere ist dann Kinder- und Jugendrat? Das hat mich noch interessiert. Also, die Frage, die ich noch hatte, wäre, wenn das jetzt so beschlossen wäre, hätte ja auch rauskommen können, dass anhand der Satzung, die wir dann vorliegen haben, das Ganze hinfällig wird, weil es nämlich für die Schüler gar kein Mehrwert bringt. Das hätte auch das Ergebnis sein können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Na klar.

Frau Dr. Bergner

Gut, Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So, dann hat Herr Lange das Wort.

Herr Lange

Das habe ich mir schon gedacht, worauf Ihre Frage hinausläuft, Herr Oberbürgermeister. An die beiden Vertreterinnen, Sie haben natürlich erstmal aus Ihrer Warte gesprochen und haben jetzt erlebt, was für eine Folge da rauskommt. Ich hätte mal noch eine Rückfrage an die beiden Vertreterinnen. Mit der jetzigen Entwicklung, wie würden Sie denn das einschätzen. Wäre da nicht nochmal eine Rücksprache in Ihren Gremien notwendig, um tatsächlich mit der Tragweite am Ende ein solches Projekt zu beerdigen?

Frau Strauß

Ja, wie gesagt. Wir haben das natürlich, was ich jetzt auch immer nochmal die ganze Zeit betont habe. Wir sehen auf jeden Fall Potential und eine Chance im Jugendparlament. Und wir haben nicht ohne Grund, oder auf uns sind, glaube ich, die Parteien nicht ohne Grund auf uns zugekommen, um mit uns nochmal irgendwie rückzukoppeln und diesen Änderungsantrag zu beschließen. Da stehen wir nämlich auch ganz stark dahinter, hinter diesem Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut. Herr Krause, bitte.

Herr Krause

Wir kennen uns ja schon eine Weile und machen zusammen mehr oder weniger gut Kommunalpolitik, Herr Oberbürgermeister. Und wir haben uns ja gegenseitig einiges gefallen lassen müssen. Dass Sie aber so mit den Jugendlichen umgehen, das hätte ich nicht gedacht. Ich bin da absolut enttäuscht, muss ich ganz ehrlich sagen. Den Jugendlichen das Wort im Munde rumzudrehen, sie sozusagen unter Druck zu setzen, nach dem Motto, Ihr wollt ja dann wohl doch nicht dieses Kinder- und Jugendparlament, wir stärken dann eure Gremien. So funktioniert Demokratie nicht, sage ich Ihnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, das war die klare Aussage...

Herr Krause

Jetzt bin ich dran. Reden Sie mir bitte nicht dazwischen, ich habe das Wort. Und ich sage Ihnen ganz klar, der Antrag, der ursprüngliche Antrag steht noch im Raum. Sie können gerne zurückziehen. Sie haben aber von uns einen Antrag, der steht im Raum. Der ist schon ein Jahr alt. Ein Beschluss? Einen beschlossenen Antrag? Ein Beschluss, der steht im Raum. Und wenn Sie jetzt hier heute zurückziehen, erwarten wir also umgehend eine neue Vorlage.

Gar keine Frage. Und dann werden wir auch entsprechend hierauf reagieren. Wenn Sie jetzt hier zurückziehen, können Sie nicht davon ausgehen, dass für uns der Sachverhalt hier damit erledigt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Da muss ich Sie enttäuschen. Ich habe vorgelegt. Sie haben vertagt. Sie haben dargestellt. Ich habe vorgelegt. Sie können gerne den Entwurf nehmen, ihn als Ihren Antrag einbringen. Die Stadtverwaltung hat einen Vorschlag gemacht. Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass diese...

Herr Krause

Der ist gegenstandslos. Wenn Sie ihn zurückziehen, ist er gegenstandslos.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

..Und von daher liegt Ihnen der Antrag vor und Sie können damit arbeiten.
Gut.

Herr Krause

Da möchte ich Herrn Schreyer um Auskunft bitten, wie der Sachverhalt tatsächlich ist. Es steht der Beschluss im Raum, die Verwaltung hat was vorgelegt. Hat zurückgezogen. Es ist in Ordnung. Es liegt jetzt sozusagen auch in Ihrem Ermessen. Aber Sie haben damit den Auftrag nicht erfüllt, den der Beschlussvorschlag darstellt. Und Sie haben dann erneut zu kommen, den Beschluss zu erfüllen. Selbstverständlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie sehen Ihren Änderungsantrag. Ich hatte Ihnen zu Beginn gesagt, dass es nicht meine Aufgabe ist, hier eine künftige Ausrichtung konzeptionell zu schaffen. Das ist der Verwaltung nicht möglich. Wir haben keine Chance, einen solchen Antrag auch auszuführen, weil er viel zu unpräzise ist und alleine das rechtfertigt, dass wir ...

Herr Krause

Der präzisiert doch erstmal das, was Sie vorgelegt haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte deutlich machen: Der Oberbürgermeister und die Verwaltung ist für ein Jugendparlament eingetreten. Genauso, wie einige von Ihnen auch.

Herr Krause

Ganz nach Ihrem Gusto, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Lassen Sie mich ausreden, ich lasse Sie doch auch ausreden, Herr Krause. Und dann haben wir das hier vorgelegt und dann haben wir das hier diskutiert. Dann sind Sie mit einem Änderungsantrag gekommen, in dem Sie sagen, wir sollten es schärfen. Wo keiner weiß, was er damit machen soll. Dann haben Sie gesagt, dass das bis Ende 2019 vorliegen will. Das heißt, Ihre Absicht ist es nach, den Antrag komplett zu verschieben nach der Kommunalwahl und auch nach der Oberbürgermeisterwahl, das war Ihre Zielausrichtung. Und von daher ist das ganz normal, dass dann gesagt wird, unter den Kriterien können wir den Auftrag nicht ausführen. Und in der Konsequenz dieser Diskussion ist es wahrscheinlich sinnvoller, dass wir ein solches Jugendparlament, obwohl ich es gerne möchte, nicht einrichten wollen. Weil wir das heute in der Diskussion gehört haben.

Von daher bleibt es dabei, der Antrag ist zurückgezogen. Die Diskussion ist damit beendet. Sie können jeder in der Fraktion. Die Beschlussvorlage ist zurückgezogen. Von daher können jeder von Ihnen noch einen Diskussionspunkt einbringen. Und Herr Lange hat sich

schon geäußert. Möchten Sie noch einmal sprechen? Und dann ist Herr Wolter zunächst mal dran, genau.

Herr Wolter
Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Also, ich freue mich, dass Sie jetzt alle ganz aufgeregt sind.

Herr Wolter
Nein, ich bin gar nicht aufgeregt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Sie haben es auf den Sankt Nimmerleinstag vertagt und wollten es dahin vertagen. Jetzt, das ist der Sankt Nimmerleinstag, Ende des nächsten Jahres. Und jetzt sage ich, jetzt nehmen wir das zurück und bitte bringen Sie eine neue Vorlage ein. Da sind Sie ganz, ganz aufgeregt. Ich verstehe Sie gar nicht.

Herr Wolter
Haben Sie mir das Wort erteilt jetzt, Herr.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Herr Wolter ist dran, nachdem ich ausgesprochen habe. Bitteschön.

Herr Wolter
Dankeschön. Jetzt? Ich bin gar nicht aufgeregt. Die eine Frage, die ich hätte. Ich würde gerne schon nochmal eine Rechtsauskunft haben von Ihnen. Vielleicht können Sie vom Rechtsamt nochmal die Information, zumindest, es kann auch gerne im Nachhinein passieren, aber ich teile zumindest die Auffassung, dass wir einen Beschluss gefasst haben. Das ist ein Auftrag an die Verwaltung, hier eine Vorlage zu bringen zur Einrichtung eines Jugendparlamentes. Die ist noch nicht abschließend abgestimmt worden. Sie haben die jetzt im laufenden Diskussion zurückgezogen und Sie reagieren auf einen Änderungsantrag, der noch nicht mal abgestimmt wurde.

Der ist heute das erste Mal hier in der Debatte. Und sagen, also das ist ja sozusagen Ihre Worte, wenn das jetzt bei den alten, bei der Beschlussvorlage bliebe, dann wären wir sozusagen abschlussfähig, oder Sie würden die sozusagen auf der Tagesordnung halten. Aber wie ich das vorhin schon geschildert habe, inhaltlich ist der Änderungsantrag in der Vorlage enthalten schon. Weil wir gemeinsam dieses Ziel definieren. Es gibt eine Konkretisierung. Es gibt keine Veränderung.

Das, was Sie mit der Zeitschiene meinen, habe ich Ihnen vorhin schon begründet. Also insofern würde ich gerne die Rechtsauskunft haben, was mit dem Beschluss hier passieren muss und ob das richtig ist, wie Sie es jetzt geschildert haben, dass der Beschluss schon aufgrund dessen, dass Sie diesen eingebracht haben, die Vorlage schon erfüllt ist. Das sehe ich nämlich nun gar nicht so. Und dann würde ich Sie bitten, nochmal Herrn Preuk zu Wort kommen zu lassen vom Stadtschülerrat, der sich gerne auch nochmal äußern wollte, zu dem, was Sie jetzt gesagt haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
So, dann ist Herr Lange dran.

Herr Wolter
Könnte ich eine Antwort bekommen vom Rechtsamt?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, Sie kriegen das schriftlich.

Herr Wolter

Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Verwaltung antwortet einheitlich und bereitet das vor. Ja? Bitteschön.

Herr Lange

Also, ich stelle erstmal fest, dass mit dem Zurückziehen dieser Vorlage der Stadtratsbeschluss natürlich nicht erfüllt ist. Eine Vorlage gibt es dann sozusagen, solange man dann auch drüber diskutieren kann und man sie dann auch entsprechend abstimmen kann. Ich bedauere sehr, dass dem Oberbürgermeister unsere Diskussionen nicht gefallen und er jetzt Argumente an den Haaren herbeizieht, die so nicht stimmen. Dem Juristen Wiegand ist mit Sicherheit bekannt, was das Wort „bis“ heißt. Nämlich bis zum Ende des Jahres heißt, er kann es auch am Jahresende vorlegen. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass entsprechend dem Beschluss dann genüge getan wäre.

Jetzt hier sozusagen dem Stadtrat zu versuchen, weil er einen Änderungsantrag vorgelegt hat, die Schuld in die Schuhe schieben zu wollen, dass man jetzt kein Jugendparlament bekommt, ist eigentlich schon ein ziemlich schwieriger Prozess und ein sehr durchschaubares Manöver. Und zudem wie der Oberbürgermeister, diejenigen hier instrumentalisiert hat, die hier versuchen, irgendwie ein Jugendparlament mit zu gestalten, nämlich die Jugendlichen aus den beiden Gremien. Das spricht für sich. Ich glaube, dass mit dem Rückzug dieser Vorlage, der gesamte Beteiligungsprozess, der initialisiert wurde, ad absurdum geführt wurde und man somit tatsächlich eine gewisse Politikverdrossenheit bei Kindern und Jugendlichen hervorrufen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ernst hat das Wort.

Frau Ernst

Herr Lange, ich glaube, Sie haben da etwas missverstanden. Die Vertreter, die heute hier sind, seitens des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates, haben deutlich gemacht, wenn dieses Jugendparlament bestimmte Gremien, bestimmte Rechte nicht eingeräumt bekommt, sieht es keinen Sinn in der Einführung eines solchen und plädiert eher dafür, die vorhandenen Gremien zu stärken. Das haben die Vertreter, die heute hier sind, deutlich gemacht. Daraufhin hat die Verwaltung Ihnen rechtlich eingeordnet, das hat Herr Schreyer getan, dass das in der Form nicht möglich ist.

Wenn Sie jetzt trotzdem daran festhalten, dann frage ich mich, wo das in der Vorlage dann münden soll. Stattdessen ist es doch lohnenswerter, genau das aufzugreifen und zu sagen, wir stärken die vorhandenen Instrumente so, wie das die Vertreter der Kinder und Jugendlichen heute hier auch deutlich gemacht haben. Insofern geht es da nicht um die Fraktionen, sondern um das, was die Vertreter hier heute geäußert haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte das nochmal verstärken. Wir werden die Rechte stärken. Wir werden da auch eine Vorlage reinbringen und werden den Kinder- und Jugendrat und den Stadtschülerrat mit Rechten stärken. Und diese Rechte können eben auch so sein, dass diese Antragsrechte in den Maßgaben, wie es Herr Schreyer auch dargestellt hat, dann auch deutlich gemacht werden.

Das heißt unter Bestimmung, Mitbestimmung und Zustimmung des jeweiligen Gremiums, dass hier auch weiterhin ein Rederecht auch in anderen Bereichen besteht. Wir nehmen das jetzt erstmal so zur Kenntnis und ich möchte, Herr Lange, noch deutlich machen, wenn Sie in dem Moment, wenn Sie eine Änderung hierhin reinbringen und mit erstmaligen Besprechungsbedarf hier eine Formulierung wählen, konzeptionell sind die Rechte zu schärfen, wobei niemand weiß, was Sie damit gemeint haben. Und dann das auf ein Jahr hinausschieben, wie Sie viele Anträge momentan hinausschieben, muss der Eindruck gewonnen werden, dass Sie aktuell vor der Kommunalwahl...

Herr Krause

Das ist doch hier ewiges Mantra, wir würden das rausschieben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, lassen Sie es doch. Ich habe Sie ja auch ausreden lassen. Und in dem Moment, wenn man es hinaus bringt und heraus redet, wird es nicht besser. Und hier ist es relativ, und hier ist es sehr deutlich. Durch das Verschieben und Vertagen, was momentan gängig ist, ich kann das auch nachvollziehen. Und ein Jahr hier eine Verschiebung ist und Aufträge erteilt werden, wo wir unendlich prüfen, wo wir uns unendlich abstimmen, dann ist das leider so nicht möglich. Und von daher ist das mit den Äußerungen und mit den Diskussionen, die wir hier hatten, nur konsequent.

So, dann ist Herr Preuk dran. Bitteschön.

Herr Preuk

Dankeschön. Ich glaube, ich muss nochmal was sagen. Also der KJR und auch der Stadtschülerrat sind sich einig, dass wir ein Jugendparlament sehr gut finden. Allerdings nicht, wenn es gar keine Rechte im Stadtrat hat, weil es dann wirklich nur unsere beiden Gremien ein bisschen entlastet. Aber es wurde jetzt nur gesagt, dass ein Antragsrecht nicht möglich ist. Auch wenn es irgendwie in Bitterfeld durch ein Beirat auch möglich ist. Aber über ein Rederecht wurde auch noch nichts gesagt.

Und wir haben die Angst, dass wenn wir jetzt hier sagen, nein, wir stimmen diesem Antrag nicht zu, dass es dann in den Boden gestampft ist und es ist Schluss mit der Debatte und sowas wird es nicht mehr geben. Und damit sind wir auch sehr für diesen Änderungsantrag, dass man sich lieber nochmal ein bisschen Zeit lässt und das jetzt nicht in dieser sehr kurzen Zeit diskutieren. Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok, wenn das ein Votum ist, dann nehmen wir das so zur Kenntnis. Vielen Dank.

Dann gehen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Und wir sind bei... Genau Herr Krause, immer wieder. Dass ist nur Ihr Demokratieverständnis, muss man auch sagen. Wir sind bei 5.3.

Herr Feigl

Herr Oberbürgermeister, ich habe mich sehr oft gemeldet. Ich bin zwar nicht ständiges Mitglied in diesem Ausschuss, aber als Vertreter, würde ich dann doch...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok. Das ist die letzte Wortmeldung zu dem Thema. Bitteschön. Entschuldigung, ich habe es versäumt. Bitte um Entschuldigung.

Herr Feigl

Dankeschön. Ich finde, das was jetzt hier gerade abgelaufen ist, ist eine Lehrstunde in Demokratie, wie sie eigentlich nicht funktionieren sollte. Und, wenn ich mich mit Kindern und Jugendlichen über Politik unterhalte, bin ich immer erstaunt und überrascht und auch das

Auftreten der beiden Vertreterinnen, die heute ja auch hier mit am Tisch sitzen. Bin ich immer wieder erstaunt, wie viel Verständnis und wie viel Engagement und Willen bei den Kindern und Jugendlichen da ist, ernst genommen zu werden und einbezogen zu werden. Von daher, fände ich die Idee eines Kinder- und Jugendparlaments eigentlich von Anfang an, eine gute und richtige. Und Ziel sollte es doch sein, dass wir alle uns an diesem Vorhaben so beteiligen, dass wir möglichst die Wege aufzeigen, die möglich sind und nicht gegenseitig uns aufzeigen, was nicht möglich ist. Und genau das ist aber heute passiert.

Es liegen einige an wirklich guten Vorschlägen auf dem Tisch, wie man das, was bisher in dem Konzept steht, qualifizieren kann und ich denke, wir sollten darüber reden, wie wir es schaffen, es zu qualifizieren und nach allen Möglichkeiten zu suchen, auch in den Vergleichsstädten, die sowas schon praktizieren. Und von daher bin ich entsetzt über den Verlauf der Diskussion, dass dann die Vorlage zurückgezogen wird, bloß weil man an irgendwelchen, ja ich weiß nicht, Immunitäten sich reibt.

Ich denke, wir sollten uns alle zusammenraufen an dieser Stelle, wirklich das Thema nicht beerdigen oder verschieben, in dem wir es einfach von der Tagesordnung nehmen, sondern wir sollten dran weiter arbeiten, dass wir wirklich ein Kinder- und Jugendparlament installieren, was dann auch wirklich Rechte definiert. Was dann auch wirklich den Willen der Kinder und Jugendlichen wirklich akzeptiert und sie mit den Rechten ausstattet, dass sie auch wirklich das Gefühl haben, dass sie da nicht umsonst sitzen, sondern dass sie auch wirklich was beitragen können. Ich denke, das sollte uns das wert sein. In dem Sinne bitte ich, dass wir an der Stelle weitermachen,

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok. Das denke ich auch, dass wir den Kinder- und Jugendrat stärken, auch den Stadtschülerrat. Dass wir auch überlegen, ob möglicherweise ein Jugendparlament nochmal in Betracht kommt, möglicherweise nach der Kommunalwahl sind wir gerne bereit. Wir haben ja auch eine Vorlage, darin können wir dann weiterarbeiten. Von daher komme ich dem gerne nach, mit dem Änderungsantrag, dass es jetzt ein Jahr rausgeschoben wird und dann denken wir nochmal darüber nach. Also Herr Feigl, ich bin da ganz bei Ihnen. Ok, gut.

- Ende Wortprotokoll -

zu 5.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04434

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 1. Quartal 2019 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.

3. Das Jugendparlament soll im 3. Quartal 2019 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) (VI/2018/04434)**
Vorlage: VI/2018/04599

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat ~~bestätigt~~ **beauftragt die Stadtverwaltung**, das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, ~~das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde.~~ **in folgenden Punkten zu überarbeiten:**
 - a. Die Abgrenzung und die zukünftige Ausrichtung von Kinder- und Jugendrat sowie des Stadtschülerrates sind konzeptionell in Anbetracht der Neuschaffung eines Jugendparlamentes zu schärfen. Doppelstrukturen sowie eine ersatzlose Schwächung der bestehenden Gremien sind dabei zu vermeiden (siehe Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlagen-Nummer: VI/2017/03547).
 - b. Es ist zu prüfen, inwieweit das Jugendparlament direkt in den Stadtrat eingebunden werden kann (zum Beispiel über einen Jugendbeirat wie in den Städten Leipzig und Bitterfeld-Wolfen), so dass ein Antrags- und Rederecht im Stadtrat besteht.
 - c. In den Sitzungen des Stadtrates wird einem/r Vertreter/in des Jugendparlamentes Rederecht eingeräumt. Werden Initiativen des Jugendparlamentes im Stadtrat in die Ausschüsse verwiesen, so ist Vertreter/innen des Gremiums auch dort das Rederecht zu gewähren.
 - d. Das Jugendparlament wird durch eine Onlinewahl gewählt. Die Kosten und die Durchführung der Onlinewahl sind durch die Verwaltung darzulegen. Das aktive Wahlrecht gilt für Personen, die am Wahltag mindestens sieben aber noch nicht 22 Jahre alt sind. Das passive Wahlrecht gilt für Personen, die am Wahltag mindestens 14 aber noch nicht 22 Jahre alt sind.
 - e. Dem Jugendparlament wird ein jährliches Sachkostenbudget in Höhe von 10.000 EUR zugeteilt. Dieses Sachkostenbudget ist in den Haushaltsplanungen entsprechend zu berücksichtigen.
 - f. Für die pädagogische Betreuung des Jugendparlamentes wird zusätzlich zur bestehenden Personalstruktur eine 1,0 VZS „Fachkraft für Partizipation“ geschaffen. Diese ist im Stellenplan fortzuschreiben.

2. ~~Das überarbeitete Konzept ist dem Stadtrat bis Ende 2019 vorzulegen. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 1. Quartal 2019 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.~~
3. ~~Das Jugendparlament soll im 3. Quartal 2019 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.~~

**zu 5.3 Kooperationsvertrag zur Erstellung einer Potential- und Machbarkeitsanalyse für eine Radschnellverbindung zwischen den Städten Halle (Saale) und Leipzig
Vorlage: VI/2018/04540**

Herr **Rebenstorf** führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt den vorgelegten Kooperationsvertrag zur Erstellung einer Potential- und Machbarkeitsanalyse für eine Radschnellverbindung zwischen den Städten Halle (Saale) und Leipzig.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Scholtyssek zu Parkplatzproblemen

Herr **Rebenstorf** informierte, dass auf Grund der umfangreichen Anregung eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

Herr **Scholtyssek** bezog sich auf die Parkplatzprobleme am Hallmarkt und sagte, dass durch parkende Busse auf der einen und parkende PKW auf der anderen Seite, wenig Platz verbleibt. Er wiederholte die Frage, ob Ersatzparkplätze geschaffen werden würden, wenn man Parkplätze am Hallmarkt auflösen würde. Er sagte, dass die Stadtverwaltung die Machbarkeit eines Parkhauses als Ersatz für die Parkplätze am Hallmarkt prüfen sollte.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Straßenquerschnitt vor der Stadtbibliothek am Hallmarkt aufgezeichnet und ausgemessen wird und eine Prüfung erfolgen wird, wie viel Platz trotz parkender Fahrzeuge verbleiben würde.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Borggrefe zu Fahrradabstellanlagen

Herr Rebenstorf informierte, dass derzeit Prüfungen zur Umsetzung durchgeführt werden.

Herr Krause fragte, wie viel Zeit die Prüfung in Anspruch nehmen wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Fertigstellung der Prüfung zum Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Dezember 2018 avisiert wird.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Scholtyssek zu Namensgebungen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass derzeit Prüfungen zu Namensgebungen erfolgen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Dr. Meerheim zur Berichtserstattung

Frau Dr. Marquardt sagte, dass jährlich über Hochwasserbaumaßnahmen im Sportausschuss berichtet wird. Weiterhin gab es eine Berichterstattung über Schulprojekte im Bildungsausschuss. Sie sagte, dass quartalsweise Berichterstattungen über Hochbauprojekte im Stadtrat möglich wären.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadthaus
Vorlage: VI/2018/04467**

Herr Rebenstorf informierte, dass ein Faltblatt erstellt werden soll, um die Geschichte und die Architektur des Stadthauses aufzuzeigen. Er schlug vor, dieses Faltblatt im Foyer des Stadthauses auszulegen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: VI/2018/04475**

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Lange zur Bauberatung an der II. IGS

Herr Lange bezog sich auf eine Begehung, welche am 29.10.2018 an der II. IGS stattfinden sollte. Diese wurde abgesagt. Er sagte, dass es die Information gab, dass die Büroleiterin des Oberbürgermeisters beim Landesschulamt anrief und mitteilte, dass die Schule eine solche Begehung eigenmächtig organisiert hätte, obwohl es vorher Absprachen mit der Verwaltung gegeben hat. Des Weiteren soll gesagt worden sein, dass die Presse mit eingeladen wurde. Er sagte, dass diese Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechen. Er fragte, warum durch die Büroleiterin falsche Informationen an das Landesschulamt gegeben wurden.

Frau Ernst stellte richtig, dass in dem Telefonat durch sie mitgeteilt wurde, dass Schulleiter nicht nur ausgewählten Fraktionen Rundgänge ermöglichen können, sondern diese Möglichkeit allen Fraktionen eingeräumt werden muss.

zu 9.2 Herr Dr. Meerheim zu Immobilien

Herr Dr. Meerheim fragte, ob es im Stadtgebiet Gebäude gibt, bei denen Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind.

Weiter fragte **Herr Dr. Meerheim**, ob es in der Stadtverwaltung noch Mitarbeiter gibt, welche mit den Sachverhalten vertraut sind und wenn ja, wie viele.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Außerdem fragte **Herr Dr. Meerheim**, ob es in der Stadt Immobilienpatenschaften gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte dies.

zu 9.3 **Herr Feigl zum REWE Markt in Heide-Süd**

Herr Feigl sagte, dass sich der Standort in einem Gebiet befindet, welches für den Wissenschafts- und Innovationspark gewidmet ist und fragte, ob die Bindungsfrist bereits abgelaufen ist, beziehungsweise bei Inanspruchnahme des Geländes für andere Zwecke eine Fördermittelrückzahlung droht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.4 **Herr Feigl zur Nord-Tangente**

Herr Feigl fragte, ob 2019 keinerlei Planungen für die Linienbestimmungen in Auftrag gegeben werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass keine verbindlichen Aussagen zur HES-Nord getroffen werden können, bevor die HES-Ost und die A143 gebaut wurden, weil erst dann Aussagen zu den Verkehrsströmen gemacht werden können.

zu 9.5 Herr Feigl zum geplanten Gewerbegebiet Tornau

Herr Feigl fragte, wann mit einer Beschlussvorlage zu rechnen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Stadt zahlreiche Anregungen und Hinweise in den Zukunftswerkstätten erhalten hat, welche bisher nicht bekannt waren. Diese Anregungen werden nunmehr ausgewertet. Erst dann kann eine verbindliche Vorlage eingebracht werden.

zu 9.6 Herr Feigl zum Riebeckplatz

Herr Feigl sagte, dass im Dezember 2018 eine Vorlage zur Analyse über mögliche Betreibungen von Kongresszentren am Riebeckplatz eingebracht werden sollte und fragte, ob es sich um eine Informationsvorlage oder eine Beschlussvorlage handeln wird. Weiter fragte er, in welchen Ausschüssen diese Vorlage vorberaten wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass derzeit die Daten zusammengestellt werden und dann entschieden wird, welche Vorlagenart eingebracht wird. Man wird versuchen, die Daten bis Dezember auszuwerten und die Vorlage einzubringen.

zu 9.7 Herr Wolter zur Mitteilung "Umsetzung von Beschlüssen"

Herr Wolter fragte, wann den Stadträten die Übersicht zur Verfügung gestellt wird.

Herr Paulsen sagte eine zeitnahe Vorlage zu.

zu 9.8 Herr Wolter zum Präventionsrat

Herr Wolter fragte, ob der geplante Termin für die externe Moderation stattfindet, welche Teilnehmer eingeladen wurden, ob Einladungen versendet wurden, ob es bereits Anmeldungen gibt und wer den Termin moderiert.

Herr Paulsen sagte, dass derzeit Abstimmungen zur externen Moderation laufen und zeitnah Informationen an den Präventionsrat übermittelt werden sollen.

zu 9.9 Herr Wolter zur Nutzung der Helene Lange Schule

Herr Wolter fragt, wie fest die Pläne sind und wie der weitere Entscheidungsprozess abläuft.

Weiter fragte er, ob Container aufgestellt und lediglich Funktionsräume, wie Lehrerzimmer und Toiletten genutzt werden, oder auch Unterricht in den Räumen stattfinden soll.

Er erkundigte sich, wie die Verwaltung mit Kritik der Eltern umgeht und ob es bereits Gespräche mit dem Gesamtschulrat der Schule gibt.

Frau Dr. Marquardt sicherte eine schriftliche Beantwortung zu. Sie sagte, dass bei Kritik immer die Gespräche gesucht werden.

Herr Wolter fragte, ob die Planungen festgelegt sind oder es noch Gestaltungsmöglichkeiten gibt.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Planungen nicht festgelegt sind.

zu 10 **Anregungen**

zu 10.1 **Herr Wolter zur Barrierefreiheit von Ratssitzungen**

Herr Wolter regte an, die Einführung der Übertragung von Livetext auf Beamern bei Ratssitzungen zu prüfen.

zu 10.2 **Herr Wöllenweber zum Dessauer Platz**

Herr Dr. Wöllenweber regte an, die Gestaltung der Schallschutzschwand am Dessauer Platz für die Künstler der Freiraumgalerie freizugeben.

Herr Rebenstorf informierte, dass die Wand künstlerisch in verschiedenen Grüntönen überarbeitet wird.

zu 10.3 **Herr Nette zum Nahverkehrsplan**

Herr Nette regte an, dem Nahverkehrsplan einen Teilplan für Taxi- und Mietwagenverkehr anzufügen.

Weitere Anregungen gab es nicht. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeisterin

Maik Stehle
Protokollführer